



Ministerpräsident
Dr. Dietmar Woidke
Staatskanzlei
Land Brandenburg
Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam

Cottbus, 18. Juli 2022

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

anbei ein Zitat von der Website der „Initiative Unabhängige Zahnärzte Berlin e.V.“,
www.IUZB.de:

„Tja, die 17 Mrd. Defizit bei der GKV müssen ja auch irgendwo herkommen. Ganz undogmatisch, sicher zum großen Teil durch Corona und auch durch die Behandlung von Geflüchteten. Das sind eigentlich Staatsaufgaben. Deswegen den Kassen die letzten Reserven zu klauen, uns LE die Punktwerte abzusenken und zu budgetieren und den Krankenhäusern die Zuschüsse zu kürzen, ist eine SAUERER!!!!, WORTBRUCH und eigentlich nur unfassbar!!!“

Dies zeigt die derzeitige Stimmungslage, nicht nur bei den Zahnärzten, wieder. Auf der anderen Seite wurde das Gesundheitswesen in Deutschland von der Politik sehr gelobt, da es die Coronakrise doch gut abgewehrt hat. Auch bei den Zahnärzten war die Versorgung jederzeit gesichert. Das geplante Spargesetz kommt nach dem vielen Lob zur völligen Unzeit. Hier geht es - zumindest der Zahnärzteschaft - gar nicht um das Geld. Die durch dieses Gesetz den Zahnärzten auferlegten Sparbeiträge sind, zumindest in irgendeiner Weise, genauso hoch wie die getätigten Coronabeihilfen. Was die Kollegenschaft aber mehr verärgert, ist die Nichtwertschätzung, die sie damit erfährt.

Und die Verärgerung bezieht sich auch auf die Telematikinfrastruktur, die nach fünf Jahren immer noch nicht ansatzweise funktioniert, aber jetzt zu hohen Teilen mit immensen finanziellen Mitteln ausgetauscht werden muss. Die Technik, die dann kommt, bleibt die Alte: Nur die Chips haben neue Laufzeiten.

Ein großer Aufreger sind ebenso die oft nicht verständlich gestiegenen Anforderungen an die Aufbereitung von Medizinprodukten. Nur ein Beispiel: „Die Wischdesinfektion von Instrumenten soll abgeschafft werden, weil der Anpressdruck der Zahnmedizinischen Fachangestellten nicht validierbar ist ...“

Überhaupt gab es in letzter Zeit viele weitere bürokratische Vorgaben, die man den Kollegen und ihren Angestellten nicht sinnhaft erklären kann. Dies führt im zahnärztlichen Bereich dazu, dass immer mehr Kollegen, auch wegen des Fachkräftemangels, vorzeitig in den Ruhestand gehen oder ihre Praxis verkleinern. Die Bemühungen von KZV und Kammer zur Gewinnung von Fachkräften werden damit praktisch ad absurdum geführt! Damit holen wir keine neuen Ärzte und Zahnärzte nach Brandenburg! Dies kann nicht im Sinne der Bürger des Landes Brandenburg sein!

Wir möchten Sie bitten, Ihren Einfluss im Bundesrat in dieser Richtung wahrzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Herbert

Dr. Eberhard Steglich